

ES BERICHTEN KEVIN KADA, MARLENE PATSALIDIS, MICHAEL LEITNER, CHRISTIAN WILLIM & ELISABETH HOLZER

Am Anfang war es die bloße Zahl. Zwei Infizierte waren am 25. Februar 2020 der Startschuss. Hunderte neue Infektionen waren es nur wenige Wochen später. Tausende im Herbst. Das Verlangen nach Daten wurde größer. Forscher, Behörden und nicht zuletzt Medien wollten diverse Daten zur Pandemie nutzen.

Mit Fortdauer der Pandemie rückten weitere Zahlen in den Fokus. 7-Tage-Inzidenz, Intensivpatienten, Todesfälle, Geimpfte. Aktuell interessiert vor allem, wie viele Geimpfte bzw. ungeimpfte Personen in den Spitälern und auf Intensivstationen liegen. Und auch nach 18 Monaten ist so ein Wert nicht einfach zu bekommen (siehe auch Bericht rechts). Tirol ist ein positives Beispiel. Hier werden seit ver-

gangener Woche die Intensivpatienten samt Impfstatus ausgewiesen. Seit Freitag gibt es die Zahlen auch aus Oberösterreich und der Steiermark. Dort spricht sich die zuständige Gesundheitslandesrätin, Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) für die Veröffentlichung der Daten aus. Wie diese Zahlen weiterhin publiziert werden, müsse aber „erst abgestimmt und besprochen werden“. Andere Bundesländer wiederum geben die Zahlen erst gar nicht heraus.

Das Land im digitalen Blindflug

Datenerfassung. Forscher und Mediziner kritisieren die unzureichende Datenlage rund um das Coronavirus. Die Regierung hält mit dem Datenschutz dagegen

Der Bund möchte mit einer Datenbank Abhilfe schaffen. Ganz so einfach ist das aber nicht, wie ein Sprecher von Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein dem KURIER erklärt: „Wir sind davon abhängig, was die Bundesländer machen.“ Wenn ein Spitalbetreiber sich dazu entscheidet, die Zahlen nicht zu liefern, dann ist der Datensatz auch nicht komplett. Problematisch wird das vor allem dort, wo nicht alle Spitäler vom jeweiligen Bundesland betrieben werden.

Datenschützer kritisieren zudem, dass man durch den Impfstatus von Intensivpatienten auch Rückschlüsse auf deren Identität ziehen könnte. Darum arbeite man laut Büro des Ministers noch genauer an den nötigen Datenschutzrichtlinien. Bis dahin werde es auch die Datenbank nicht geben.

Datenlage

Zwei Quellen
Während das Sozialministerium täglich um 9.30 Uhr die Einmeldungen der Bundesländer veröffentlicht, arbeitet das Dashboard der AGES, mit anderen Zeitstempeln. So stimmen seit dem Start des Dashboards die Neuinfektionen und andere Werte nicht mit jenen des Ministeriums überein

sammengetragen werden. Kritik an dem Datenchaos übt Statistiker Erich Neuwirth: „Welche Daten öffentlich verfügbar sind – und in welcher Form – ist eine Zumutung für Bürger, die den Entscheidungsprozess der Politik verstehen und nachvollziehen wollen.“ Dem Datenschutz-Argument des Bundes entgegnet Neuwirth: „Datenschutz als Ausrede taugt nicht. Niemandes persönliche Interessen werden verletzt, wenn man erfahren kann, wie viele Covid-Patienten eingepflegt sind oder nicht.“

Aber selbst „Big Player“ auf deren Forschung die Politik setzt, müssen sich mit dem begnügen, was der Bund zur Verfügung stellt. Einer von ihnen ist der Simulationsforscher Niki Popper, der die Situation so beschreibt: „Manche Daten gibt es, andere existieren zwar, werden aber nicht geteilt. Und es fehlt an einem übergeordneten Masterplan, wie man Fragestellungen, die für die Planung und Maßnahmen in der Pan-

Kommentar

VON LAILA DOCEKAL

Rückt die Zahlen raus

Da fragt man sich, ob gewisse Entscheider den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen. Auf der einen Seite rätseln sie darüber, wie die Impfbereitschaft erhöht werden kann. Auf der anderen Seite muss man ihnen die stärksten Argumente aus der Nase ziehen: Fast neun von zehn Covid-Patienten in Wiener Spitälern sind ungeimpft. Wen das nicht überzeugt, dem ist nicht zu helfen.

Wer solche Zahlen nicht laufend kommuniziert, spielt den Impfgegnern in die Hände. Denn die schüren munter Ängste und verunsichern Unentschlossene. Immerhin hat sich ein Drittel der Bevölkerung nicht einmal den ersten Stich geholt. Bisher schickt nur Tirol täglich (!) ein Covid-Update aus, in dem auch der Anteil der Vollimmunisierten ausgewiesen wird. Oberösterreich und Steiermark ziehen nun nach. Die Zahlen interessieren nicht nur die Bevölkerung, die seit einhalb Jahren ihren Alltag danach ausrichten muss. Sie sind auch für die Experten wesentlich, die auf dieser Basis Empfehlungen für Maßnahmen geben müssen. Absurd, dass sie diese Daten gar nicht oder oft sehr spät bekommen. Das kann's nicht sein. Was auch immer im Herbst auf uns zukommt: Die Bevölkerung will und muss verstehen, auf welchen Zahlen Entscheidungen beruhen. Im Idealfall wurden sie auf Basis von österreichischen Daten getroffen und nicht anhand internationaler Vergleiche, weil man es hier nicht geschafft hat, die Zahlen rauszurücken. laila.docekal@kurier.at



Derzeit interessiert vor allem die Zahl der Geimpften und Ungeimpften in Spitälern – selbst Experten sind nur mangelhaft informiert

Delta-Welle: Regionale Bremse funktioniert

Die Ausreisetestpflicht für Hotspots zeigt Wirkung. Auch Oberösterreich plant vor

ANALYSE VON CHRISTIAN WILLIM

Wer erinnert sich noch an die „südafrikanische“ Mutation – inzwischen in Beta-Variante umgetauft? Als sie Anfang des Jahres in Tirol zu grassieren begann, erlebte eine Eindämmungsmaßnahme ihre Geburtsstunde: die Ausreisetestpflicht. Sie galt zunächst für das ganze Bundesland, später für den Bezirk Schwaz und wurde schließlich auch in der Hotspotgemeinde Mayrhofen im Zillertal verankert. Egal ob in Tirol oder dann etwa auch im Kärntner Hermagor oder der Region Wiener Neustadt: Überall gelang es, steile Infektions-

stiege zu bremsen. Vergangene Woche holte der Tiroler Einsatzstab die Maßnahme wieder aus dem Koffer. Erstmals seit Ende der dritten Welle gab es österreichweit wieder regionale Verschärfungen – für den gesamten Bezirk Lienz bei der Maskenpflicht und bei zulässigen Veranstaltungsgrößen. Über zwei Osttiroler Gemeinden (Oberlienz und Innervillgraten) verhängte das Land erneut eine Ausreisetestpflicht. Die Auflage wurde modifiziert und gilt nur für Ungeimpfte. Die Bremse wirkt offenbar auch in der nun von der Delta-Variante geprägten vierten Welle. Lag Osttirol am Montag vergangener Woche noch bei einer 7-Tage-Inzidenz von

332, ist der Wert bis Freitag auf 239,7 gesunken. „Man sieht, dass das der richtige Weg ist“, sagt Elmar Rizzoli, Leiter des Tiroler Corona-Einsatzstabes. Es habe zwar zunächst Kritik gegeben, dass das Vorgehen übertrieben sei: „Aber das Wichtigste ist, dass man ein drohendes Problem an der Wurzel packt, sobald man es erkennt. Und dort rechtzeitig regionale Maßnahmen setzt.“

Dunkelziffern
Die Ausreisetestpflicht hat sich inzwischen in Tirol vielfach bewährt: „Die Dunkelziffern von Infektionen werden durch das Testen massiv verringert“, so Rizzoli. In Innervillgraten und Oberlienz

– sie zählen zusammen keine 2.500 Einwohner – konnten so 57 Covid-Fälle entdeckt werden. Inzwischen rücken andere Regionen, in denen die Kurve stark steigt, ins Blickfeld. Das Land OÖ warnte am Freitag bereits, „dass der Hochinzidenz-Erlass des Gesundheitsministeriums nach wie vor Gültigkeit hat“. In Regionen mit einer 7-Tages-Inzidenz über 300 über sieben Tage hinweg sind demnach Maßnahmen zu setzen. „Das betrifft insbesondere Ausreisekontrollen.“ Schlagend werden könnte das in nächster Zeit in den Bezirken Wels, Eferding, Gmunden und Kirchdorf. Das Land OÖ trifft für diesen Fall bereits Vorbereitungen.

Fast ganz Österreich wird für Spanien zum Risikogebiet

3-G-Nachweis ist ab Montag verpflichtend

Neue Einstufung. Für Besucher aus Österreich wird die Einreise nach Spanien ab Montag komplizierter. Wie das Gesundheitsministerium in Madrid am Freitag mitteilte, stehen ab 23. August alle Bundesländer – mit Ausnahme des Burgenlands – auf der Liste der Risikoländer. Bei der Einreise müssen daher alle ab 12 Jahren einen 3-G-Nachweis (Impfung, Genesung, Test) erbringen. Im Falle eines Antigentests darf dieser bei der Ankunft nicht älter als 48 Stunden sein, bei PCR-Tests dürfen es maximal 72 Stunden sein. Steigende Infektionszahlen zogen diese Neueinstufung, die vorerst sieben Tage

AP/REUTERS/FORNIKER

demie relevant sind, zusammenführt.“ In der Wissenschaft wird schon lange der Zugriff auf staatliche Datenbanken gefordert. Vereinzelt wurde Forschern stark eingeschränkter Zugriff auf staatliche Datenbanken gewährt, zuletzt unter anderem auf Daten aus dem Epidemiologischen Meldesystem.

Impfanreiz erforschen
Doch der Mehrwert dieser Daten ist laut Martin Halla, Professor an der JKU Linz und Leiter der Abteilung für Wirtschaftspolitik, stark eingeschränkt. Erkenntnisse könnte man nur durch die Verschränkung verschiedener Registerdaten, beispielsweise Informationen zu Einkommen, Bildung oder Wohnort, gewinnen. „Derzeit wird ja wild spekuliert, welche Teile der Bevölkerung wenig impfwillig sind. Wenn man konkret wüsste, in welchen Gruppen es besonders viele Impfkritiker gibt, könnte man gezielte Kampagnen durchführen.“



„Eine Zumutung für Bürger, die den Entscheidungsprozess verstehen und nachvollziehen wollen.“ Erich Neuwirth, Statistiker

Maßnahmen könnten mit wissenschaftlichen Methoden beurteilt werden, bevor sie breite Anwendung finden: „Man könnte 1.000 Ungeimpfte mit einem konkreten Angebot kontaktieren. 500 würden einen Gutschein für ihre Teilnahme erhalten, 500 nichts. Danach könnte man dank der

verschränkten Datensätze einfach auswerten, ob es etwas gebracht hat und in welchen Gruppen.“

Evaluierung
An den rechtlichen Rahmenbedingungen für die Registerforschung wird derzeit gearbeitet, 2022 soll das „Austrian Micro Data Center“ an den Start gehen. Dort könnten zugelassene Forschungsinstitute um Zugriff anfragen, Ergebnisse aus der Forschung müssen veröffentlicht werden. Doch Datenschützer kritisieren den Gesetzesentwurf scharf, die Datenschutz-NGO „Epicenter.Works“ nominierte Bundeskanzler Kurz sogar für den Negativpreis „Big Brother Award“. Kritik, die Halla nicht nachvollziehen kann: „Es soll ja nicht der Staat mehr über die Bürger erfahren, sondern die Bürger mehr über den Staat. Mithilfe dieser Auswertungen kann die Arbeit unserer Politiker evaluiert werden.“

Intensivstationen: Geimpfte sind „absolute Ausnahme“

Die meisten Covid-Spitalspatienten sind ungeimpft

Neue Daten. Wer sollte es besser wissen als der Präsident der Intensivmedizinergesellschaft ÖGARI? Und Walter Hasibeder, auch Chef der Anästhesie und Intensivmedizin im Krankenhaus Zams in Tirol, sagt: „Geimpfte Intensivpatientinnen oder -patienten mit Covid-19 sind die absolute Ausnahme. Und es betrifft Menschen, die an angeborenen oder erworbenen Immundefekten leiden.“ Alles andere sei „schlicht und einfach Fake News“. In Tirol oder der Steiermark etwa lag Freitag kein vollständig Geimpfter Covid-Patient auf einer Intensivstation. Laut Daten der Stadt Wien gab es in der abgelaufenen Woche bei Personen mit abgeschlossenem Impfschutz in Wien 16,6 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner (7-Tage-Inzidenz), bei jenen mit unvollständigem Impfschutz aber 209.

„Das aktuell beobachtete Infektionsgeschehen betrifft primär die Gruppe der nicht-immunisierten Bevölkerung“, heißt es auch in der aktuellen Risikoeinschätzung der Corona-Kommission. Mehr als 80 Prozent der neu auftretenden Fälle „entfallen derzeit auf nicht-immunisierte Personen, was die Effektivität der Impfung unterstreicht.“

Lage in den Spitälern
Aus Wien gibt es auch aktuelle Daten aus den Spitälern des Gesundheitsverbundes: • **Normalstationen** Auf diesen sind 85,7 Prozent der Covid-Patienten völlig ungeimpft, weitere 5,4 Prozent sind teilimmunisiert. „Sie machen in Summe 91,1 Prozent (!) der PatientInnen in Normalbehandlung aus“, schrieb der Sprecher von Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, Mario Dujaković, auf Twitter.

• **Intensivstationen** Hier sind 75 Prozent der Covid-Patienten völlig ungeimpft, weitere 6,3 Prozent haben einen unvollständigen Impfschutz. Zwei vollständig geimpfte Intensivpatienten haben ein durch andere Krankheiten geschwächtes Immunsystem. Bleibt eine ältere vorgeimpfte Person auf einer Intensivstation ohne Vorerkrankungen: Diese wurde aber sehr früh zweigeimpft – ein Hinweis auf eine abnehmende Immunantwort. „Wir wissen aus internationalen Daten, dass vor allem bei älteren Menschen nach einer bestimmten Zeit die Antikörpertiter sinken“, sagt Intensivmediziner Hasibeder. „Wollen wir also im kommenden Winter nicht wieder gerade in dieser besonders vulnerablen Gruppe vermehrt schwere Verläufe sehen, ist die Auffrischung sehr wichtig.“ em

SPLITTER

Ab November: Aus für gratis Antigen-Selbsttests
In der Debatte um die Gratis-Tests in Österreich will Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) ab November zumindest die „Wohnzimmertests“ aus dem Spiel nehmen. Die kostenlose Abgabe von Corona-Selbsttests durch die Apotheken soll Ende Oktober auslaufen, kündigt Mückstein in einer Aussendung an. Diese waren bisher auch zum Nachweis des „3-G“-Status gültig, sofern sie in einem Meldesystem der Bundesländer erfasst wurden – mit Ausnahme Wiens, wo sie als zu wenig zuverlässig betrachtet und daher seit Juli nicht mehr anerkannt werden. Zudem will Mückstein bis Ende Oktober evaluieren, ob sich symptomlose Personen weiterhin in Apo-

theken kostenlos auf das Coronavirus testen lassen können. Nicht von der Änderung betroffen sind laut Ministerium die verlässlicheren PCR-Selbsttests. * * *

Neue Variante: Erster Lambda-Fall in Österreich
In Niederösterreich ist erstmals die vor allem in Lateinamerika verbreitete Lambda-Variante registriert worden. Betroffen ist nach Angaben aus dem Büro von Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig ein peruanischer Staatsbürger, der privat im Bezirk Gänserndorf zu Besuch war und dort positiv getestet und abgesondert wurde. Der Mann ist bereits genesen. „Er hat niemanden angesteckt“, hieß es auf Anfrage. Besonders stark verbreitet sich die Lambda-Variante nach Angaben der

WHO derzeit nicht aus. „Es geht nicht wirklich hoch, selbst in Peru nicht, wo die Variante zuerst entdeckt wurde“, sagt WHO-Covid-Expertin Maria van Kerkhove. * * *

100 Infizierte stecken 121 weitere Personen an
Der Tagesschnitt der Neuinfektionen ist in Österreich mittlerweile wieder deutlich auf über 1.000 gestiegen. Die Reproduktionszahl liegt nun bei 1,21, nach 1,14 am vergangenen Freitag. Hochgerechnet stecken nunmehr somit 100 Infizierte 121 weitere Personen an. Das geht aus der am Freitag publizierten wöchentlichen Analyse von AGES und TU Graz hervor. Die Zahl der Neuinfektionen steigt mittlerweile täglich um 7,2 Prozent, vergangene Woche waren es noch 5,3 Prozent gewesen.